

schafts- und Entwicklungsmodell setzen sie ein humanitäres, egalitäres und gewaltfreies Modell, in dem Traditionen das Fundament für den gesellschaftlichen Wandel bilden, den sie selbst wollen und akzeptieren.

In der aktuellen politischen Situation sehen sich Politiker einer verstärkten Agitation tribaler Interessenverbände gegenüber - wie beispielsweise Ende des vergangenen Jahres anlässlich einer Demonstration von über 50.000 Adivasis in Zentralindien, bei der die Umsetzung der Empfehlungen des Bhuria-Komitees gefordert wurde. Eine Reihe ethnischer Minderheiten, die bisher nicht als 'scheduled tribes' anerkannt waren und daher nicht in den Genuß der für diese

vorgesehenen Sonderrechte kommen, kämpfen für die Aufnahme in die Liste der 'scheduled tribes' (Foto). Im Nordosten und in Zentralindien führen sie bewaffnete Kämpfe um die Schaffung eigener Bundesstaaten wie Jharkhand und Bodoland.

Die Adivasis sind sich bewußt, wie schwierig die Einführung tribaler Selbstbestimmung ist. Obwohl sie sich auch den Problemen und Mängeln der traditionellen tribalen Entscheidungsstrukturen bewußt sind - wie beispielsweise die vielfach fehlende Beteiligung von Frauen an politischen Entscheidungen - sind sich die Adivasis darin einig, daß die von ihnen geforderte Selbstbestimmung ein erster wichtiger Schritt ist. Wird ih-

nen erst einmal mehr politische Macht eingeräumt, werden notwendige gesellschaftliche Veränderungen von den Menschen, vom Volk selbst ausgehen. Ihre Forderungen sind keine romantische Verklärung der Vergangenheit, sondern eine klare Besinnung auf ihre demokratischen Rechte, eine Rückbesinnung auf ihre eigenen demokratischen Strukturen, die ihrem Leben näher sind, als diejenigen des modernen Nationalstaates.

(Der Beitrag wurde im Auftrag des Südasiensbüros von der alternativen Presseagentur 'Charkha', Delhi, geschrieben).

## Wahl-Nachschau:

# Indien und die Verbreitung geläufiger Klischees

von Theo Ebbers

Wieder einmal waren die Augen der Welt auf Indien gerichtet. In den großen Tages- und Wochenzeitungen, Magazinen und politischen Fernsehsendungen häuften sich die Beiträge über das südasiatische Land, das ansonsten in der Öffentlichkeit nur wenig wahrgenommen wird. Der Grund für die internationale Medienaufmerksamkeit: Wahlen. Und die im Zusammenhang mit diesen Wahlen immer wieder zitierten Zahlen rechtfertigen wohl auch das globale Interesse an dem Ereignis: 590 Millionen Menschen, etwa zehn Prozent der Weltbevölkerung, waren bis Ende Mai dazu aufgerufen, ein neues Parlament zu wählen. Die internationale Berichterstattung zeigte sich angesichts solcher Superlative leicht verunsichert und erstaunt, daß ein als rückständig und arm wahrgenommenes Land zu einer solchen "Übung" in parlamentarischer Demokratie in der Lage ist. Und schnell fällt das an westlichen Demokratievorstellungen geschulte Auge der Kommentatoren auf Fehler und Unzulänglichkeiten der indischen Parlamentswahlen, welche die geläufigen Klischees über das Entwicklungsland Indien zu bestätigen scheinen. Kastenwesen und Unberührbarkeit, Korruption und organisiertes Verbrechen, die Pracht und der Reichtum der Maharajahs, die Armut der Landlosen und der Slumbewohner sind die Stereotypen, die das Indienbild im Westen prägen und auch der Wahlberichterstattung und -kommentierung ihren Stempel aufdrücken. Ein besonders gelungenes Beispiel für die schablonenhafte Wiedergabe solcher Gemeinplätze findet sich in "Die Zeit" vom 26. April. Gabriele Venzkys Beschreibung eines in ihren Augen von "Dreck, Armut und Trostlosigkeit" geprägten Ortes, den sie als "einzigen Slum" empfindet, wird beim Leser zu einem Bild des gesamten Indiens, zu einem Bild einer "verwirrten, desillusionierten Nation": Indien wird als ein hoffnungsloser Fall präsentiert, in dem nichts funktioniert - nicht einmal so grundlegende Dinge wie Strom und Telefone oder Busse, die, wenn sie denn fahren, "zerbeult und an der Seite aufgeschlitzt" sind. Und da sollen Wahlen, so richtig demokratische, wie Venzky sie aus Hamburg gewohnt ist, funktionieren? Um klar zu machen, wie rückständig Indien im Vergleich zu großen demokratischen Vorbildern Venzkys auch in Bezug auf von ihr als normal an-

gesehene demokratische Prozesse ist, macht sie schnell deutlich. "Der Maftaboß schreibt Namen auf einen Zettel. So verteilt er Wahlkreise". Ein potentieller zukünftiger Premierminister ist ein "skrupelloser, populärer Halbalphabet" und auch der bisherige Premier Rao ist "skrupellos, machtgerig und durchtrieben" - Eigenschaften, die deutschen oder anderen westlichen Demokraten ganz sicher, so der von Venzky implizierte Eindruck, völlig fremd sind.

Nun haben die Wahlen stattgefunden, die Sitzverteilung im neuen Parlament zeigt, daß sie offenbar funktioniert haben. Die politische Demontage der 'Congress-Party' ist ein für parlamentarische Mehrparteien-Demokratien ganz normaler politischer Vorgang, der zeigt, daß die indischen Wähler durchaus mündiger sind, als sie uns von Venzky präsentiert werden. Dies haben sie auch in der Vergangenheit schon verschiedentlich gezeigt, indem sie auch der 'Congress-Party' schwere Niederlagen bereiteten, wie beispielsweise 1977, als Indira Gandhi die Wählerquittung für ihre Notstandsregierung erhielt und die 'Janata Dal' die Regierungsgeschäfte übernahm. Und bei den Wahlen 1989 erteilten die Wähler der 'Congress'-Regierung Rajiv Gandhis unter dem Eindruck des Bofors-Bestechungsskandal eine Lektion. Worin die Gründe für die schweren Stimmenverluste der 'Congress'-Partei bei den gerade abgeschlossenen Wahlen liegen, werden erst detaillierte Wahlanalysen zeigen. Sicherlich spielt der aktuelle Korruptionsskandal eine Rolle, doch sind hierin alle Parteien mit Ausnahme der Kommunisten verwickelt (vgl. 'Südasiens', 2-3/96). So ist eher zu vermuten, daß bei vielen Wählern die sozialen und wirtschaftlichen Folgen, die sie in Form von steigenden Preisen für Güter des täglichen Bedarfs am eigenen Leib zu spüren bekommen, ein wichtiges Argument gegen den 'Congress' gewesen sind. Wenn sich diese Vermutung bestätigen sollte - und vieles spricht dafür - dann zeigt sich auch, daß Venzkys Feststellung, niemand in Indien wolle den neuen marktwirtschaftlichen Kurs ändern, sich allenfalls auf die wenigen Profiteure dieser Wirtschaftspolitik beziehen kann, nicht aber auf Millionen Verlierer der verstärkten Eingliederung Indiens in das globale Marktgeschehen.